

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1950

5 (7.1.1950)

ETTlinger ZEITUNG

Erscheinungsweise: Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag u. Samstag mittig. Durch die Post 1.85 zuzüglich 45 Dpf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Dpf. Frei Haus 1.85, im Verlag abgeholt 1.85

Badischer Landemann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

2./51. Jahrgang

Samstag, den 7. Januar 1950

Nr. 5

VOM TAGE

Bundeskanzler Dr. Adenauer will die Hohen Kommission noch einmal bitten, den Abbau der früheren Reichswerke Watenstedt-Salzgitter zu verhindern und vor allem versuchen, den Hohenhof Nr. 5 des Werkes zu erhalten. (DND)

Der Finanzausschuss des Bundesrates wird am 12. Januar zu dem Bundesübergangsstadium Stellung nehmen, der vom Bundesfinanzminister vorgelegt wurde. Gut unterrichtete Kreise nehmen an, daß die Finanzminister der Länder gegen die Höhe des Haushalts Einspruch erheben werden. Der Ausschuss wird sich auf seiner Sitzung auch mit einem Gesetzentwurf für verbesserte Leistungen an Kriegspopel befassen. (DND)

Zwei Jahre Arbeitslager für Mathilde Ludendorff. Die Hauptprüfkammer München stufte Frau Mathilde Ludendorff in die Gruppe der Hauptschuldigen ein. Als Sühnemaßnahme wurden zwei Jahre Arbeitslager verhängt. Ihr Vermögen wird bis auf 5000 DM eingezogen. (DND)

Bundesarbeitsminister Anton Storch wurde in Bern vom schweizerischen Bundespräsidenten, Max Petitpierre, empfangen. Dies ist das erste Mal, daß ein Mitglied der Bundesregierung mit dem schweizerischen Bundesrat persönlich Führung nimmt. (DND)

Kabinettsauflösung in Vietnam. Eine offizielle Verlautbarung der vietnamesischen Regierung gibt den Rücktritt Kaiser Bao Dai als Ministerpräsident und die Auflösung seines Kabinetts bekannt. (DND)

Sozialisten drohen Bidault. In Frankreich richtete die Sozialistische Partei an Ministerpräsident Bidault die Forderung, allen niedrig bezahlten Arbeitern die monatliche Feuerzulage von 3000 Francs weiterhin zu zahlen. Im Falle der Ablehnung würden die sozialistischen Minister aus der Koalitionsregierung auscheiden. (DND)

Jela-Chef Logan zurückgetreten. Der amerikanische Hohen Kommissar, John McCloy, gab bekannt, daß William John Logan als Generalsekretär der Joint-Export-Import-Agency zurückgetreten, und daß Morris S. Verner Jr. zu seinem Nachfolger ernannt worden sei.

Britische Aufforderung an Balkanstaaten. Die britische Regierung hat die Regierungen von Rumänien, Ungarn und Bulgarien aufgefordert, unverzüglich Vertreter bei den Kommissionen zu bestellen, die über Meinungsverschiedenheiten bei der Auslegung der Friedensverträge zu entscheiden haben. Gleichzeitig wurde den drei Regierungen mitgeteilt, daß die britische Regierung dem Unterhausabgeordneten Jones zu ihrem Vertreter ernannt habe. (DND)

Franco soll nicht nach Rom kommen. Der spanische Staatschef General Franco, der die Absicht hatte, als Pilger Rom während des Heiligen Jahres zu besuchen, hat diese Absicht auf Grund von Ratschlägen aufgegeben. (DND)

Die Gehälter

der höchsten Bundesbeamten

Bonn (DND). Die Gehälter der höchsten Bundesbeamten, so u. a. des Bundespräsidenten, des Kanzlers, der Bundesminister und der Staatssekretäre erscheinen in entsprechenden Anteilen erstmalig im verfügbaren Bundeshaushalt. Dieser gilt für die Zeit bis zum 31. März 1950. Als Jahresinkommen werden die folgenden Ziffern genannt: Bundespräsident 50.000 DM Gehalt und 100.000 DM Aufwandsentschädigung. Dazu kommt ein Dispositionsfonds von 60.000 DM jährlich. Der Bundeskanzler soll pro Jahr DM 45.000.— Gehalt, 24.000 DM Aufwandsentschädigung sowie einen Dispositionsfonds von 25.000 DM bekommen. Man will ihm weitere 30.000 DM als Verfügungsfonds bewilligen, den er allerdings verrechnen muß, während die übrigen Aufwandsentschädigungen nicht verrechnet zu werden brauchen. Für die Bundesminister sind je 36.000 DM als Gehalt pro Jahr in Ansatz gebracht. Ihre Aufwandsentschädigung wird voraussichtlich 7200 DM jährlich, also 600 DM monatlich betragen. Sie sollen ferner ein Wohnungsgeld oder eine mietaufreie Dienstwohnung zugewiesen erhalten. Die Staatssekretäre bei den Ministerien werden sich mit 26.000.— DM jährlich und 400 DM Aufwandsentschädigung monatlich zufrieden geben müssen. Auf allen Gehältern liegt Steuerpflicht.

Nuschke beschuldigt SED

„Versprechungen wurden nicht gehalten“
Berlin (DND). Der Vorsitzende der CDU in der Ostzone, Nuschke, der stellvertretende Ministerpräsident des Ostzonenregimes ist, hat gegen die SED einen sehr schweren Angriff gerichtet. Nuschke sprach vor zwei Tagen auf einer Vorstandssitzung der CDU in der Ostzone. Seine Rede wurde am Freitag in Berlin bekannt. Er sagte, die SED habe ihr Versprechen, bei der Besetzung der Posten in der Ostzonenverwaltung der CDU einen angemessenen Anteil einzuräumen, nicht gehalten. Von den 6000 Angestellten der Ministerien des Ostzonenregimes gehörten, wie Nuschke hervorhob, nur 42 der CDU an. Weiter führte Nuschke Beschwerde darüber, daß der Präsident des Ostzonenregimes, Pieck, alle Personalfragen seinem Sohn Arthur Pieck übertragen habe, der Staatsbürger der Sowjetunion und russischer Offizier sei.

Absage an Nationalchina

Eintrittssturm bei den Republikanern — Britische Regierung anerkennt Nationalchina

Washington (DND). Eine Erklärung Präsident Trumans, die Vereinigten Staaten würden der chinesischen Nationalregierung auf Formosa keine militärische Hilfe leisten, hat bei der oppositionellen republikanischen Partei einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Ein führender Republikaner, Senator Wherry, bezeichnete diese Erklärung Trumans als ein „unterwürdiges Nachgeben“ gegenüber den Kommunisten im Fernen Osten. Sogar Senator Vandenberg von der republikanischen Partei, der die von beiden Parteien gemeinsam betriebene Außenpolitik behaftet unterstützte, bedauerte es, daß die amerikanische Regierung vor der Erklärung über Formosa nicht den Kongreß befragt habe. „Wie im Falle Yalta und Potsdam“, so sagte Vandenberg, „und wie bei so vielen traurigen Kapiteln der Chinapolitik wurde dem Urteil des Kongresses vorgegriffen“.

Der amerikanische Außenminister Acheson wird am Dienstag im Außenpolitischen Ausschuß weitere heftige Kritik zu gewärtigen haben. Er erklärte auf einer Pressekonferenz, kein verantwortungsbewußter amerikanischer Staatsbeamter sei je der Ansicht gewesen, daß sich die USA bei der Verteidigung Formosas militärisch verpflichten sollten. Eine amerikanische Militärmission in China habe bereits versagt und ein solcher Fall werde nicht wiederholt werden. Acheson fügte hinzu: „Die amerikanische Regierung hält die Anerkennung des kommunistischen Regimes in China für verfehlt“.

Aus diplomatischen Kreisen in Washington wird weiter bekannt, daß die amerikanischen Staatsbürger auf Formosa den offiziellen Rat erhalten haben, die Insel zu verlassen, falls sie nicht wichtige Gründe zum Bleiben hätten. Auf Formosa sollen sich zur Zeit 100 bis 200 Amerikaner aufhalten, unter ihnen Regierungsvertreter, Missionare und Geschäftsleute.

London ist erleichtert

Die Absage Präsident Trumans an das nationalchinesische Regime auf Formosa hat, wie unser Londoner Vertreter mitteilt, dort um so mehr ein Gefühl der Erleichterung ausgelöst, als die britische Regierung am Freitag früh das kommunistische China offiziell anerkannte. In britischen Regierungskreisen weist man darauf hin, daß durch die Ausführungen des Präsidenten die weitere Zusammenarbeit der Vereinten Staaten und

Großbritannien in der Chinapolitik gesichert erscheint.

Das britische Außenministerium veröffentlichte zu diesem Schritt ein Memorandum in dem es heißt: „Der britische Generalkonsul in Peking überreichte dem Außenminister des chinesischen Volksrepublik folgende Erklärung: Die britische Regierung hat angesichts der Tatsache, daß die Zentralregierung der chinesischen Volksrepublik jetzt die Kontrolle des größten Teils Chinas in Händen hat, diese Regierung als die jure Regierung Chinas anerkannt. Die britische Regierung ist unter diesen Umständen bereit, diplomatische Beziehungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung, des gegenseitigen Vorteils und der gegenseitigen Achtung aufzunehmen. Die britische Regierung ist ferner bereit, diplomatische Vertreter mit der Zentralregierung der chinesischen Volksrepublik auszutauschen.“

Bis zur Ernennung eines britischen Botschafters wurde ein Geschäftsträger bestellt. Der Außenminister der chinesischen Volksrepublik wurde ersucht, diesem alle Hilfsmittel für die Übersiedlung der britischen Botschaft von Nanking nach Peking zur Verfügung zu stellen. Es wurde ihm ferner mitgeteilt, daß Großbritannien die Kuomintang-Regierung nicht mehr anerkenne.

Wie unser Londoner Vertreter weiter erfährt, stand die britische Entscheidung bereits fest, bevor Außenminister Bevin zur Commonwealth-Konferenz nach Colombo abreiste.

Paris: Erstspäter

Die kommunistische Regierung Chinas wurde am Freitag auch von Ceylon anerkannt. Burma, Indien und Pakistan haben sie bekanntlich bereits vor einiger Zeit anerkannt.

Ein Sprecher der französischen Regierung erklärte, wie aus Paris verlautet, am Freitag, daß eine Anerkennung des kommunistischen Regimes noch nicht erfolgen könne, da erst der Vertrag, nach dem Vietnam ein selbständiger Staat innerhalb der französischen Union würde, von der Nationalversammlung ratifiziert werden müsse. Die Anerkennung könne erst zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden.

In amtlichen dänischen Kreisen wurde nach einer Meldung aus Kopenhagen, am Freitag erklärt, daß Dänemark in Kürze die kommunistische Regierung in China anerkenne werde. Man erwartet in Stockholm, daß sich Schweden diesem Schritt anschließen wird. Wie aus Oslo verlautet, wird auch Norwegen dem Schritt Großbritanniens in Kürze folgen.

Keine Volksabstimmung

über die Südweststaat-Frage

Erklärung von General Gross

D.P. Stuttgart. Die in den letzten Tagen Schlag auf Schlag gekommenen Erklärungen zur Südweststaatsfrage wurden am Nachmittag des Drei-Königs-Tages abgerundet durch eine Erklärung des amerikanischen Landeskommissars für Württemberg-Baden, General Charles P. Gross, die dieser — im Einvernehmen mit dem Hohen Kommissar, McCloy — Pressevertretern übergab.

General Gross stellt in dieser Erklärung zunächst fest, daß nach bisheriger amerikanischer Auffassung die Südweststaatsfrage in erster Linie ein deutsches Problem sei, dessen Lösung allerdings der Billigung durch die Hohen Kommissare unterliege, daß sich aber diese Genehmigung „hauptsächlich auf die Sicherstellung der Durchführung mit demokratischen Mitteln unter gebührender Berücksichtigung der Verfassungen und des Willens der Bevölkerung der drei Länder Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Baden“ beziehe. Wenn nunmehr diese Frage nicht vor Abschluß eines Friedensvertrages entschieden werden könne, so könne „doch sicherlich noch vieles getan werden, um die Wünsche der Bevölkerung zu erkunden, damit um so schneller und demokratischer gehandelt werden könne, nachdem einmal das Problem vollkommen ein deutsches geworden sei.“

General Gross ergänzte diese Erklärung mit dem Hinweis, daß nunmehr auch eine direkte Volksabstimmung zur Südweststaatsfrage hin fällig sei, es sei der Bevölkerung jedoch unbenommen, bei kommenden Wahlen ihre Stimme den Kandidaten zu geben, die entweder für oder gegen den Südweststaat seien, und so ihren Willen kundtun. Er betonte weiter, daß der Südweststaat nicht zu einer Frage der Beamten der drei beteiligten Länder werden dürfe, sondern von der Bevölkerung entschieden werden müsse. Wenn auch die Südweststaatsfrage jetzt ein anderes Gesicht bekommen habe, so sei seine Erklärung als Ausdruck zu werten, daß es innerhalb der drei Hohen Kommissare hierbei keine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit gebe; sie seien sich einig in der Lösung deutscher Probleme. Immerhin sei der Artikel 118 des Grundgesetzes (der die Regelung der Länderverhältnisse in dem südwestdeutschen Raum ausdrücklich den drei beteiligten Ländern überläßt und, wenn diese sich nicht einig werden, sie der Bundesregierung überträgt) nach amerikanischer Auffassung nicht außer Kraft gesetzt.

Diese Erklärung von General Gross ist

im Widerspruch zu der französischen Auffassung.

Zum besseren Verständnis der gegenwärtigen Erörterungen um den Südweststaat geben wir hier die in Frage kommenden Artikel des Grundgesetzes und des Genehmigungsschreibens der Militärgouverneure wieder:

Artikel 29: „Das Bundesgebiet ist unter Berücksichtigung der landmannschaftlichen Verbundenheit, der geschichtlichen und kulturellen Zusammenhänge, der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit und des sozialen Gefüges durch Bundesgesetz neu zu gliedern.“ Während also die grundsätzliche Neuregelung im Gesamttrahnen nur durch Bundesgesetz erfolgen kann, bestimmt Artikel 118 des Grundgesetzes ausdrücklich eine Sonderregelung für den südwestdeutschen Raum: „Die Neugliederung in dem die Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern umfassenden Gebiete kann abweichend von den Vorschriften des Artikels 29 durch Vereinbarung der beteiligten Länder erfolgen. Kommt eine Vereinbarung nicht zustande, so wird die Neugliederung durch Bundesgesetz geregelt, das eine Volksbefragung vorsehen muß.“

In dem Genehmigungsschreiben der drei Militärgouverneure, das dem Präsidenten des parlamentarischen Rates, Dr. Adenauer, am 12. Mai 1949 zugeleitet wurde, heißt es ausdrücklich: „... Ein vierter Vorbehalt bezieht sich auf die Artikel 29 und 118 und die allgemeine Frage der Neuregelung der Ländergrenzen. Ausgenommen im Falle Württemberg-Baden und Hohenzollern haben sich unsere Auffassungen in dieser Frage nicht geändert. Falls nicht die Hohen Kommissare einstimmig/dahingehend übereinkommen, diese Auffassung zu ändern, werden die in diesen Artikeln vorgesehenen Vollmachten nicht ausgeübt werden können und die Grenzen aller Länder, ausgenommen Württemberg-Baden und Hohenzollern, werden so, wie sie jetzt festgelegt sind, bis zum Friedensschluß bleiben.“

Um den Text dieses Genehmigungsschreibens gehen nunmehr die Auseinandersetzungen. Während deutscher- und amerikanischerseits die Auffassung vertreten wird, es enthalte keine Außerkraftsetzung der Vollmachten für alle drei süddeutschen Länder, einen Zusammenschluß durchzuführen, glauben die Franzosen anscheinend, daraus ihren Einspruch ableiten zu können. Wie kompliziert die Dinge — auch infolge der vielfachen Übersetzungen — sind, beleuchtet am Rande

Der permanente Krieg

Die allerdings nur sehr vage, aber doch vorhandene Hoffnung, es werde den westlichen Diplomaten im abgelaufenen Jahr 1949 vielleicht gelingen, mit dem Kreml zu einem Übereinkommen zu gelangen, das der geplagten Welt Ruhe und Frieden schenken würde, hat sich nicht erfüllt. Der kalte Krieg wurde auch im Jahre 1949 mit voller Schärfe geführt und er wird — und darüber sollte man sich keinen Illusionen hingeben — auch im Jahre 1950 weitergehen.

Deutschland — und zwar West- und Ostdeutschland — ist zwischen die Mühlsteine eines titanenhaften Ringens geraten. Ein Entkommen gibt es hier nicht und wo immer in diesem Ringen Opfer gefordert werden, wird sie in erster Linie Deutschland zu tragen haben. Dies ist die eine tragische Verketzung, in die uns Hitler verstrickt hat. Die andere aber ist die: Jetzt, nachdem die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes für ein freihetliches Leben in einem demokratischen Staatenbund bereit und aufgeschlossen ist, sind die Sieger des zweiten Weltkrieges nicht in der Lage, einem Gesamtdeutschland die versprochene Demokratie zu bringen. Und hier beginnt die tragische Verketzung über das Schicksal Deutschlands hinaus weltweites Format anzunehmen.

Denn Deutschland wird auch in diesem Jahr nur ein Schauplatz des weltpolitischen Ringens zwischen Ost und West sein. Wo überall in der Welt die Waffen der Propaganda sprechen, letzte Ursache ist immer die Ungleichheit zwischen den Siegermächten, mögen die einzelnen Anlässe auch sein wie sie wollen. Wären nämlich die Siegermächte im Frieden so einig, wie sie im Kriege waren, dann würde ihr gewaltiges politisches, wirtschaftliches und militärisches Übergewicht allein schon genügen, jedes Ausbrechen aus der Front einer geeinten Welt zu verhindern. Aber diese Welt ist nicht geeint, sondern zerfällt einmal in zwei große Lager und innerhalb dieser Lager gibt es wiederum verschiedene Gruppierungen. Das gilt vor allem für den Westen. Die große Koalition hat sich ja längst als Scheinkoalition entpuppt.

So sind wir auch im neuen Jahr von einer Konsolidierung der weltpolitischen Lage noch sehr weit entfernt. Der halbe Erdball ist zu einem neuralgischen Punkt geworden: in Ost-europa vollendet sich der gewaltsame Tod der Freiheit, der Orient gärt weiter, in Indochina wird noch immer geschossen, in China vollendet der Bolschewismus seinen Sieg und in den westlichen Ländern überwachen kleinliche nationale Interessen jede großartige Planung.

Noch vor zwei Jahren war der politische Optimist geneigt, den permanenten Krieg als Geburtwehen einer besseren Welt zu betrachten. Diese Hoffnung wurde enttäuscht. Und solange die Vereinten Nationen, die keineswegs so vereint sind, wie der Name sagt, durch Beibehaltung des Völkrechts in seiner bisherigen Form praktisch aktionsunfähig sind, liegt das ganze Gewicht westlicher Verantwortung auf den USA. Mag man es wahrhaben oder nicht: die Welt hat nur noch zu wählen zwischen dem amerikanischen Zeitalter der persönlichen und wirtschaftlichen Freiheit und dem Zeitalter des kollektivistischen. Jedes politische Ereignis, wo immer in der Welt es sich auch abspielt, steht im Schatten dieser Entscheidung.

die Frage, die an General Gross gestellt wurde, ob nicht in dem Begleitschreiben vielleicht insofern ein Fehler unterlaufen sei, als anstatt des Bindestriches zwischen Württemberg-Baden nicht richtiger ein Komma stehen müsse, damit klarstellend, daß diese Ausnahme auch tatsächlich auf alle drei Länder beziehe, nicht nur auf Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. Der amerikanische Landeskommissar antwortete jedoch: „Ein Bindestrich ist und bleibt ein Bindestrich, auch bei uns Amerikanern“.

Dr. Maier und Dr. Dehler sprachen

Stuttgart (DND). Der Ministerpräsident von Württemberg-Baden, Dr. Reinhold Maier, und Bundesjustizminister Dr. Dehler sprachen am Freitag auf dem Drei-Königs-Treffen des Landesverbandes der DVP.

Dr. Maier ging in seiner Ansprache von dem Plan der Alliierten aus, Deutschland durch die Aufteilung in vier Zonen zu schwächen. Das letzte Jahr habe nun tatsächlich die Aufteilung Deutschlands gebracht. Man könne vielleicht Deutschland teilen, aber nicht die Deutschen selbst in Stücke schneiden. Man dürfe weder den Westen gegen den Osten noch den Osten gegen den Westen ausspielen. Der Osten dürfe nicht zu unserer Gewinnung rüffeln. Das deutsche Volk sei jedoch nicht für den Kommunismus geboren und Deutschland bedeutend mehr gegen den Kommunismus gefeit als Frankreich und Italien. Die Bundesrepublik habe auf dem Weg zur Demokratie bereits große Fortschritte erzielt, wenn auch einzelne ausländische Berichterstatter ver-

sucht hätten, das deutsche Volk in Mißkredit zu bringen. Wörtlich sagte Dr. Maier: „Diese Reporter verwechseln Nationalismus und Vaterlandsliebe.“ Zur Verwaltungsreform sagte der Ministerpräsident, man müsse viel Energie aufbringen, um diese in die Tat umzusetzen.

Anschließend sprach Bundesjustizminister Dr. Thomas Dehler. Er erinnerte daran, daß noch im vorigen Jahr Theodor Heuss an diesem Platz gesprochen hat. Es liege wohl ein tiefer Sinn darin, daß gerade Heuss „Vater des Vaterlandes“ geworden sei. Er glaube, daß seine Wahl dem Willen des Volkes entspreche habe. Der Minister teilte noch mit, daß er sofort nach dieser Kundgebung nach Karlsruhe fahren werde, um sich über die Möglichkeiten zur Unterbringung des Obersten Bundesgerichtshofes in dieser Stadt zu unterrichten. Er glaube, daß die südwestdeutsche, liberale Atmosphäre dieser Stadt dem Obersten Bundesgerichtshof nur gut tun könne.

Paris und der Südweststaat

Am Tage zuvor hatte Bundesminister Eberhard Wildermuth auf der DVP-Tagung erklärt, die französische Regierung wünsche, daß die Frage des Südweststaates namentlich von den drei Westmächten geklärt werde. Insbesondere will Frankreich klarstellen lassen, ob der Artikel 118 des Grundgesetzes, der die staatsrechtliche Grundlage für die Bildung des Südweststaates darstellt, bis zum Abschluß eines Friedensvertrages suspendiert werden müsse. Der Bundesminister demonstrierte dann Pressebildern, nach denen die französische Regierung eine Regelung der Südweststaatsfrage vor Abschluß eines Friedensvertrages unmöglich gemacht habe.

Der Landesvertretertag der DVP veröffentlichte am Donnerstagabend eine Entscheidung zur Südweststaatsfrage. Darin heißt es, der Landesvertretertag der DVP habe mit Bedauern von der offiziellen Erklärung des französischen Hohen Kommissars gegenüber der Bundesregierung Kenntnis erhalten, wonach die Ordnung der staatsrechtlichen Verhältnisse in Südwestdeutschland bis nach Abschluß des Friedensvertrages hinausgeschoben werden möchte. Mit Bedauern habe der Parteitag die weitgehende Übereinstimmung in der Haltung des französischen Hohen Kommissars François-Poncet einerseits und des badischen Staatspräsidenten Wohleb andererseits festgestellt.

Die Delegierten auf dem Landesparteitag der DVP wählten Rechtsanwalt Dr. Manfred Hausmann zum 1. Vorsitzenden der Demokratischen Volkspartei in Württemberg-Baden. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Dr. Käßler, Karlsruhe und zum 2. stellvertretenden Vorsitzenden Bundestagsabgeordneter Ernst Maier gewählt.

SPD-Vorstand kritisiert

Bundesregierung und Ostzonenbevölkerung

Berlin (DND). Der Vorstand der SPD kritisierte auf seiner Tagung in Berlin die Haltung der Bundesregierung gegenüber der Bevölkerung in der Sowjetzone. Die Bundesregierung habe sich um dieses Gebiet nicht genügend gekümmert. Sie habe auch nicht begriffen, daß die Lösung des Flüchtlingsproblems eine wesentliche Voraussetzung sei, die Menschen in der Sowjetzone für die westliche Demokratie zu begeistern. Die SPD will im Bundestag Vorschläge für die künftige Politik gegenüber der Sowjetzone einbringen. Die außenpolitische Haltung der SPD wurde vom Vorstand ausdrücklich bestätigt. Es wurde darauf hingewiesen, daß die außenpolitische Linie von allen Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei eingehalten werden müsse.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei erörterte ferner u. a. ein Sechspunkte-Programm für Berlin. Das Programm behandelt die Stellung Berlins als 12. Bundesland und fordert Gewährung von Einmitten der Bundesregierung für die Stadt. Im Hauptreferat der Tagung setzte sich Oberbürgermeister Professor Reuter dafür ein, daß nicht nur eine Vertretung der Bundesregierung, sondern ganze Organisationen nach Berlin verlegt werden.

McCloy denkt nicht an Rücktritt

US-Zeitungsmeldungen dementiert

Bonn (DND). Der amerikanische Hobe Kommissar McCloy stellte in Abrede, was mehrere große amerikanische Blätter hinsichtlich seines eventuellen Rücktritts in Deutschland gemeldet haben. „Ich war über diesen Bericht der Zeitungen sehr erstaunt“, erklärte der Hobe Kommissar wörtlich. „da ich nicht die Absicht habe, zurückzutreten.“

Prag protestiert in Belgard

Ausländische Korrespondenten ausgewiesen

Prag (DND). Die tschechoslowakische Regierung übermittelte am Freitag der jugoslawischen Regierung eine Protestnote gegen die angebliche Verhaftung und Mißhandlung tschechoslowakischer Staatsbürger, die den Wunsch geäußert hätten, nach der Tschechoslowakei repatriert zu werden.

In Prag wurde ferner bekanntgegeben: Die tschechoslowakische Regierung hat vier ausländische Pressekorrespondenten aufgefordert, die Tschechoslowakei so bald wie möglich zu verlassen. Es handelt sich um die Vertreter zweier amerikanischer Agenturen, einer britischen und einer französischen Agentur.

Zum Tode verurteilt

Die Mörder des Gouverneurs von Sarawak

Singapur (DND). Vor einem Gericht in Sarawak wurden am Freitag zwei Malayen für schuldig befunden, am 10. Dezember den britischen Gouverneur Duncan Stuart durch Dolchstiche ermordet zu haben. Beide Angeklagte wurden zum Tode verurteilt, nachdem sie ein Geständnis abgelegt hatten. Die beiden Angeklagten gaben zu, einer Organisation angehört zu haben, deren Ziel es sei, britische Regierungsbeamte zu ermorden.

De Gasperi tritt Mittwoch zurück

Rom (DND). Die Regierung de Gasperi wird am Mittwoch zurücktreten. Schwierigkeiten hatten sich bereits nach dem Rücktritt der drei sozialistischen Minister im November ergeben, die jedoch durch die Zusammenlegung einiger Ministerien überbrückt werden konnten. Ob die unter Saragat stehenden Sozialisten sich grundsätzlich an keiner Koalitionsregierung mit den Christlich-Sozialen beteiligen werden, muß ein gegenwärtig in Neapel tagender Parteikongreß entscheiden.

England will US-Atombomben lagern

New York (DND). Nach einer Mitteilung des Vorsitzenden des Atom Ausschusses des US-Kongresses, Senator McMahon, sollen die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Kanada in den Atomenergieverhandlungen zu einem Übereinkommen gefunden haben. Darin sollen auch Fortschritte in der Behandlung des britischen Vorschlages erzielt worden sein, eine Lagerung von amerikanischen Atombomben in Großbritannien vorzusehen. Gerade in diesem Punkt fürchten jedoch maßgebliche amerikanische Kreise starken Widerstand des Kongresses und des Generalstabes, da durch eine Auslagerung von Bomben diese der Kontrolle der USA entzogen würden.

Truman über Wirtschaftsfragen

Zweite Botschaft an den Kongreß

Washington (DND). Präsident Truman orientierte in einer zweiten Botschaft den Bundeskongreß über den Wirtschaftslauf in den Vereinigten Staaten im vergangenen Jahr. Er machte darin zunächst die Feststellung, daß es der Regierung gelungen sei, im Jahre 1949 eine rückläufige Bewegung von Bedeutung zu verhindern. Er führte weiter aus, daß die Wirtschaft des Landes nicht stationär

bleiben dürfe, sie müsse sich vielmehr ständig weiter entwickeln, damit keine Krise entstehe und jedermann Arbeit habe. Der Präsident richtete an die amerikanische Geschäftswelt und Industrie die Aufforderung, ihr Kapital konstruktiv zu verwenden und mit der Regierung bei der Expansion der amerikanischen Wirtschaft zusammenzuarbeiten. In fünf Jahren müßte eine Gesamtproduktion im Werte von 300 Millionen Dollar erreicht werden. Weiter heißt es in der Botschaft u. a.: „Es muß der Weg zu einer bedeutenden Ausweitung des internationalen Handels geebnet werden. In den kommenden Jahren müssen wir den langfristigen internationalen Wirtschaftsprogrammen größere Bedeutung beimessen, um die Importe der Vereinigten Staaten zu steigern und dadurch den ausländischen Regierungen eine Verminderung ihrer Dollarschuld zu ermöglichen.“

Interimskabinet in Athen

Theotokis mit der Bildung beauftragt

Athen (DND). Der bisherige griechische Ministerpräsident Diomedes hat dem griechischen König empfohlen, das Parlament so bald wie möglich aufzulösen und allgemeine Wahlen abzuhalten. Die Regierung Diomedes ist am Donnerstag zurückgetreten. König Paul von Griechenland hat am Freitag den ehemaligen Parlamentspräsidenten Theotokis mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt. Theotokis hat den Auftrag angenommen. Er beabsichtigt eine Übergangsregierung zu bilden und allgemeine Wahlen auszurufen. Nach einer amtlichen Verlautbarung hat der Oberbefehlshaber der griechischen Armee, Marshall Papagos, dessen Demission die augenblickliche Regierungskrise ausgelöst hatte, sein Rücktrittsgesuch zurückgezogen.

„Warenhaus der Gedanken“

Die USA-Zeitung will jedem etwas geben

A. D. New York Als kürzlich 30 europäische Redakteure und Verleger die Vereinigten Staaten bereisten, um das Entstehen einer amerikanischen Zeitung aus nächster Nähe zu beobachten, gaben sie wiederholt ihrer Verwunderung Ausdruck, wie der niemals talentlose Durchschnittsamerikaner die Zeit finde, diese umfangreichen Zeitungen auch tatsächlich zu lesen.

Die Frage war berechtigt. Eine Zeitung wie z. B. die „New York Times“ hat mehr als 3500 ständige Angestellte und ihre Redaktion ist so groß, daß der Lokalredakteur eine Lautsprecheranlage zu Hilfe nehmen muß, wenn er einen Reporter herbeiholen will. Die Sonntagsausgabe der kleinformigen „New York Daily News“ hat eine Auflage von nahezu 5 Millionen Exemplaren, und kein Leser findet etwas dabei, wenn die Wochenendausgabe auf mehr als 150 Seiten anschwillt.

Sie werden gelesen

Wie die Regierung kürzlich in einem offiziellen Bericht bekanntgab, haben die riesigen, unhandlichen Zeitungen unter allen Waren, die in einem Zeitraum von 24 Stunden in den gesamten Vereinigten Staaten gekauft werden, nur einen Konkurrenten — das Brot.

Trotz zunehmender Ablenkung durch Rundfunk und Fernsehen beschäftigt sich der Amerikaner während eines großen Teils seiner freien Zeit mit der Zeitung, sie bleibt ihm — vielleicht gerade wegen ihrer Größe — immer besonders nahe. Sie ist im wahren Sinne des Wortes ein „Warenhaus der Gedanken“, das in besonderen, vollständigen Abteilungen jede Seite menschlicher Neugierde befriedigt. Und so liest er sie morgens an Frühstückstisch, unterwegs im rüttelnden Bus oder Pendelzug und abends, wenn das Gehirn gespült ist. Politik, lokale Nachrichten, gesellschaftliche Ereignisse, Liebesabenteuer, die Seite für die Frau, geschäftliche Nachrichten und Börsenberichte — stehen täglich auf derselben Seite.

Streng getrennt ...

Der Amerikaner liest meist zwei Zeitungen — eine Morgen- und eine Abendzeitung, die in ihrem redaktionellen Standpunkt oft grundverschieden sein können und an Wochentagen 5 Cents kosten. Er liest sie, weil sie seinem Hunger nach Informationen bereitwillig entgegenkommen.

Die typische amerikanische Großstadtzeitung mit einer Auflage von 30 000, oft sogar noch weniger Exemplaren, wird in ihrer Aufgabe von drei wichtigen Faktoren unterstützt — der Spezialisierung, der Arbeitsteilung und der Freiheit jedes Redakteurs, die Tatsachen nach eigenem Gutdünken zu bearbeiten. Die Schnelligkeit des Arbeitsvorganges und die große Konkurrenz dulden keine Verzögerung. Oft weiß der Herausgeber gar nicht, was seine Zeitung bringen wird und es ist auch keine Zeit und keine Notwendigkeit vorhanden, es ihm zu sagen.

Die politische Meinung des Verfassers darf sich nie in seinen Artikeln verorten. Die Redakteure wissen, daß der Leser alle Seiten zu hören wünscht. Wenn ein demokratischer Senator irgendeine Anschuldigung erhebt, wird ein Sprecher der republikanischen Partei um seine Stellungnahme gebeten, und seine Antwort wird normalerweise in der gleichen oder — wenn sie wichtiger ist — in noch größerer Aufmachung gebracht. Die Reporter werden aufgefordert, möglichst wenig zu „leitiartikeln“. Ihre Artikel enthalten nur dann eine Meinung, wenn diese von jemandem stammt, der zu dem Thema etwas zu sagen hat. Wenn sich in das Manuskript auch nur der Schatten eines Vorurteils einschleicht, dann wird diese Einstellung irgendwo im Arbeitsprozeß — beim Umschreiben, auf der Lokalredaktion oder beim Kontrollredakteur — erkannt und gestrichen werden.

Bildartikel bevorzugt

Die durchschnittliche Tageszeitung veröffentlicht täglich drei bis zwölf Leitartikel, deren Verfasser mit der Nachrichtenabteilung nur zur Beschaffung von Tatsachenmaterial in Verbindung stehen. Sie sind keiner Partei oder Interessengruppe verpflichtet. Ihre Kom-

mentare erscheinen auf der Leitartikelseite, deutlich getrennt von den Nachrichten, so daß der Leser, nachdem er an anderer Stelle den vollständigen Tatsachenbericht gelesen hat, selbst entscheiden kann, ob er der gleichen Ansicht ist oder nicht. Oft ist er es nicht, und dann schreibt er an den Redakteur. Die meisten Zeitungen veröffentlichen häufige Zusätze aus Leserbriefen und machen alle Anstrengungen, einen tatsächlichen Querschnitt durch die Meinung des Lesers zu geben. Viele Großstadtzeitungen machten gegen die Wiederwahl Präsident Roosevelts im Jahre 1948 Front. Am Wahltag gaben die Leser dann ihre eigene Meinung zu erkennen, nachdem sie in den Spalten der letzten Ausgaben die Argumente beider Seiten gelesen hatten.

Die wichtigste Tendenz der Nachkriegszeitungen ist auf einfachere Stil und auf eine Berichterstattung mit reichlichen Erläuterungen und Illustrationen gerichtet. Associated Press, die größte Nachrichtensagentur, hat als erste diesen Kurs eingeschlagen, indem sie ihre Tagesleistung daraufhin untersuchte, welche Artikel und Sätze gekürzt werden und wo einfachere und lebendigere Worte angewendet werden könnten. Man stellte fest, daß sich das Interesse für außenpolitische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Artikel verstärkt hat, daß aber viele in einem zu komplizierten Stil geschrieben waren, so daß viele Leser sie nicht verstehen konnten.

Da die Nachrichten komplizierter wurden, verlangt das Publikum, daß auf das „Warum“ eines Artikels größerer Wert gelegt werde. Die Reporter bemühen sich deshalb heute, auch die Entstehungsgeschichte eines Ereignisses zu berichten. In der Übermittlung von Bildern auf dem Drahtwege sind große Fortschritte gemacht worden. Die Bilder kommen heute auch aus großen Entfernungen klarer und rascher an, als noch vor wenigen Jahren.

Sensation mit Herz

Die amerikanischen Zeitungen haben noch andere wichtige Kennzeichen. Kein gewitzter junger Mann, der sein Studium abgeschlossen hat, hat etwas dagegen, als Botenzeug mit 25 Dollar die Woche anzufangen, da dies das Sprungbrett für einen überlaufenen Beruf sein kann. Viele führende Richter, Ärzte und Geschäftsleute in allen Städten begannen ihre Karriere als Zeitungsjungen, indem sie die Zeitungen für die Nachbarhäuser austrugen. Einige Verleger in ländlichen Gegenden haben begonnen, ihre Zeitungen aus Flugzeugen abzuwerfen und selbst kleinere Zeitungen schicken ihre Reporter in eigenen Flugzeugen los, wenn 100 km weiter eine aufregende Sache passiert. Die größten Zeitungen zögern nicht, Reporter und Bildberichterstatler per Flugzeug, Eisenbahn oder Auto in nahegelegene Unruheherde zu schicken, nur um sicher zu sein, daß sie sofort bei der Hand sind.

Es stimmt, daß manche amerikanische Zeitungen auf genaue Einzelheiten von Morden, Rassen in Spielhöhlen und Schönheitskonkurrenzen ausführlich eingehen. Aber es ist sicher, daß hinter diesem gelegentlichen Appetit auf Sensationen das Interesse des Lesers an dem Schicksal seiner Mitmenschen steht. Die Redakteure haben festgestellt, daß ein guter, menschlich interessanter Artikel an Popularität alles andere übertrifft.

Da ist zum Beispiel die Geschichte von dem kleinen Mädchen, das irgendwo an der Ostküste in einen Brunnen fiel. Bei einem Hotelbrand kamen 12 Menschen ums Leben und in Oklahoma ist eine Kuh in einen Silo getreten. Derartige Artikel stehen auf der ersten Seite neben den Nachrichten über die Atomombe. Aber das ist nicht alles. Die Geschichten sind kaum gedruckt — und schon laufen, ohne großes Aufsehen zu erregen oder Organisationen zu benötigen, Geldspenden für die Freiwilligen ein, die das Kind in dem Brunnen zu retten versuchen, und landwirtschaftliche Dienststellen geben telegrafisch Ratschläge, wie die Kuh befreit werden könnte.

Die amerikanische Zeitung ist umfangreich und liebt große Schlagzeilen; es fehlt ihr aber keineswegs an Herz.

Nahas Pascha bildet Ägyptens neues Kabinett

Kairo (DND). Bei den ägyptischen Parlamentswahlen, die Anfang dieser Woche abgehalten wurden, konnte die Wafd-Partei 189 Sitze erringen. Damit verfügt sie über die absolute Mehrheit im neuen Parlament, das insgesamt 319 Mitglieder hat. Die Saadisten, die bisherige Regierungspartei, konnten nur 24 Sitze erhalten. Am nächsten Dienstag wird in Stichwahlen über die Verteilung von 77 restlichen Sitzen entschieden werden.

Der Führer der siegreichen Wafd-Partei, Nahas Pascha, erklärte, daß nun eine Epoche der Freiheit und des nationalen Wiederaufbaus für Ägypten angebrochen sei. Nahas Pascha war bereits sechs Mal ägyptischer Ministerpräsident und wird voraussichtlich auch jetzt wieder mit der neuen Regierungsbildung beauftragt werden.

Fortführung des Kampfes gegen die malayischen Terrorgruppen

London (DND). Der britische Generalkommissar für Südostasien, McDonald, erklärte in Singapur in einer Rundfunkrede, die Anerkennung der kommunistischen Regierung in Peking durch Großbritannien bedeute keine Aufgabe des Kampfes gegen die kommunistischen Terrorbanden, die die Feinde des malayischen Volkes seien. Der chinesische Kommunistenführer Mao Tse Tung könne zwar — wie der Kommissar sagte — für sich in Anspruch nehmen, das chinesische Volk zu vertreten. Die kommunistischen Führer im malayischen Gebiet hätten jedoch nicht das geringste Recht, sich als Vertreter der malayischen Bevölkerung aufzuspielen.

Keine Anerkennung Indochinas durch Indien

Neu Delhi (DND). Ein Anerkennung der kommunistischen Regierung Indochinas unter Ho Chi Minh sei durch Indien ebensowenig vorgesehen wie eine solche der Regierung Bao Dais, der am 29. Dezember zum Regierungschef von Vietnam ernannt wurde, erklärte der indische Ministerpräsident Pandit Nehru am Freitag.

46 Beamte verhaftet

Fleischbewirtschaftungs-Skandal in Bukarest

Bukarest (DND). In Rumänien wurden 46 Beamte der staatlichen Fleischverteilungsstelle wegen „verbrecherischer Vernachlässigung ihrer Pflichten“ verhaftet. Das rumänische Ernährungsministerium erklärte dazu, Rumänien habe durch unzuverlässige Viehbewirtschaftung großen Schaden erlitten. In zahlreichen Gebieten sei Fleischmangel eingetreten, während in anderen Gebieten verdorbenes Fleisch verkauft wurde. Die Untersuchung werde fortgesetzt und weitere Verhaftungen seien wahrscheinlich.

Wirtschafts-Nachrichten

Kohlenpreistarif genehmigt

Entscheidung über Treibstoffwerke verschoben

Der Tarif für die deutschen Kohlenpreise im 1. Vierteljahr 1950, der von den deutschen Behörden vorgeschlagen war, wurde von den alliierten Hohen Kommissaren bei ihrer Sitzung auf dem Petersberg genehmigt. In dem Tarif ist vorgesehen, daß der Unterschied zwischen dem Preis für den Binnenmarkt und den Exportpreisen deutscher Kohle von 8.— DM auf 4,00 DM pro Tonne ermäßigt wird. Die Hohen Kommissare behielten sich noch die Entscheidung über den deutschen Vorschlag vor, die Erzeugung der Werke für synthetischen Treibstoff in Wanze Eickel und Cetrup Rauxel weiterzuführen, bis eine Besprechung mit Bundeskanzler Dr. Adenauer stattgefunden habe. Die Hohen Kommissare beschlossen ferner, am 18. Januar eine Sitzung in Berlin abzuhalten.

Meinungsverschiedenheiten in Paris

Vertreter Frankreichs und der Deutschen Bundesrepublik veröffentlichten in Paris Erklärungen über Meinungsverschiedenheiten, die während der deutsch-französischen Handelsbesprechungen entstanden sind. Den Streitpunkt bildete die Frage, welche Waren frei von Einfuhrbeschränkungen sein sollen und wie hoch die Einfuhrquote für Waren sein soll, für die Einfuhrzölle benötigt werden. Ein Vertreter der Bundesregierung erklärte, Frankreich habe anderen Staaten KonzeSSIONEN gewährt, die es Deutschland vorenthalte. Ein Vertreter der französischen Abordnung wies diesen Vorwurf als unbegründet zurück. (DND)

Keine Sonntagsurlaub mehr erforderlich

Das Erfordernis eines Sonntagsurlaubs für die Benutzung von Kraftfahrzeugen ist mit Beginn dieses Jahres hinfällig geworden, verläutet aus amtlicher Quelle. Es war yerankert in der Kraftfahrzeug-Benutzungs-Verordnung, die als einzige der Durchführungsverordnungen des Bewirtschaftungsnotgesetzes mit ihren Benutzungsbeschränkungen nach Ablauf ihrer auf den 31. Dezember 1949 befristeten Gültigkeitsdauer als erledigt zu betrachten ist, während die anderen Durchführungsverordnungen zunächst noch über den 31. Dezember 1949 hinaus verlängert worden sind. (VWD)

Produktionsrekord der Stahlindustrie

Die westdeutsche Stahl- und Eisenindustrie hat im Jahr 1949 einen neuen Produktionsrekord zu verzeichnen. Neun Millionen Tonnen Rohstahl wurden erzeugt, 60 Prozent mehr als im Jahre 1948 und nur zwei Millionen Tonnen unter der für die deutsche Stahlproduktion festgesetzten Höchstgrenze. (DND)

Radikalmittel gegen Kartoffelkäfer

Mit einem Gramm des von den Bayer-Fabrikwerken entwickelten Mittels „Potosan“ kann man theoretisch 145 000 Larven des Kartoffelkäfers vernichten. Das von der biologischen Reichsanstalt geprüfte Mittel dürfte in diesem Jahr zum Großeinsatz kommen. (DND)